Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.40 Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.40 mit Postbestellgebühr. Preise freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 404
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 90 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunftserteilung 20 Rpf. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 124 | **Mittwoch den 31. Mai 1933** | **91. Jahrgang**

Der europäische Sicherheitspakt

Sicherheit für die andern

WB. **Genf**, 30. Mai. In der sicherheitspolitischen Debatte des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz wurde Dienstag nachmittag die Beratung des besonderen europäischen Sicherheitspaktes behandelt.

Dieser Pakt bestand ursprünglich aus zwei Teilen, einem Uebereinkommen aller europäischen Staaten zur Verpflichtung, künftige Konflikte unter keinen Umständen mehr unter Anwendung von Gewalt auszutragen, ferner der Organisation der gegenseitigen Hilfeleistung, die auf die kontinentaleuropäischen Staaten beschränkt sein soll. Zu dem ersten Teil gab der amerikanische Delegierte Norman Davis heute eine Erklärung ab, in der er betonte, daß dieser Gedanke der Nichtanwendung der Gewalt mit dem Rooseveltschen Vorschlag eines allgemeinen Nichtangriffspaktes übereinstimme und daß die Vereinigten Staaten infolgedessen einem universellen Ausbau des Nichtgewaltanwendungspaktes zustimmen könnten. Infolge dieser amerikanischen Erklärung wurde beschlossen, diesen Plan aus dem europäischen Sicherheitspakt herauszunehmen und ihn gesondert in universellem Rahmen zu behandeln.

Die Debatte über die Organisation der gegenseitigen Hilfeleistung, ein Gedanke, auf den bekanntlich insbesondere Frankreich besteht, zeigte, daß hier noch außerordentlich große Schwierigkeiten vorhanden sind. Die deutsche Delegation hat sich in der Debatte zurückgehalten. Eine eventuelle Beteiligung Deutschlands am Sicherheitsabkommen kommt ja nur dann in Frage, wenn es nicht bei der als Hauptelement namentlich von Frankreich geforderten Gleichschaltung der Heeressysteme bleibt, sondern wenn diese Gleichschaltung sich auch auf das Kriegsmaterial erstreckt. Bei einer Organisation gegenseitiger Hilfeleistung müssen dann auch alle Staaten, die an einem solchen Pakt teilnehmen, die gleichen Waffen besitzen, damit jeder Staat in der Lage ist, sich wenigstens solange selbst zu verteidigen, bis in einem allgemeinen Konfliktsfall die allgemeine Hilfeleistung einsetzen kann.

Außerordentlich bedenklich ist der heute gleichfalls behandelte Abschlußartikel des sicherheitspolitischen Teiles des englischen Entwurfes, wonach der neuen Fassung nichts mehr und nichts weniger als eine Legalisierung des augenblicklich bestehenden europäischen Bündnissystems gefordert wird. Hiermit kann sich Deutschland keinesfalls einverstanden erklären.

Eine Erklärung der Kleinen Entente

WB. **Prag**, 30. Mai. Der Ständige Rat der Kleinen Entente ist hier zu für drei Tage berechneten Besprechungen zusammengetreten. Ueber die heutige Sitzung wurde ein Kommuniqué ausgegeben, in dem u. a. zu dem Viererpakt und den Problemen der Abrüstungskonferenz Stellung genommen wird. Zum Viererpakt wird darauf hingewiesen, daß der neue den Außenministern der Staaten der Kleinen Entente mitgeteilte Vertragstext mit dem Memorandum der französischen Regierung vom 10. April übereinstimmt, in dem der Grundsatz aufgestellt worden ist, daß der Pakt sich nur auf Fragen beziehen könne, die ausschließlich die Signatarmächte betreffen. Die Außenminister der Kleinen Entente nahmen die Versicherung der Vertreter der Westmächte zur Kenntnis, daß die Kompetenz des Völkerbundes durch Aktionen der Signatare nicht berührt werde. Den Staaten der Kleinen Entente seien von der französischen Regierung formelle Garantien gegeben worden, daß alle Versuche einer Revision der Friedensverträge hintangehalten würden. Deshalb könne der Viererpakt nicht auf eine Revision der Grenzen der Staaten der Kleinen Entente hinauslaufen.

Die drei Außenminister seien überzeugt, daß die Genfer Verhandlungen zu positiven Ergebnissen führen dürften. Dadurch daß die Vertreter der Kleinen Entente den Grundsatz der Vereinheitlichung der kontinentalen Armeen und den Grundsatz der Herabsetzung des Rüstungsmaterials anerkennen, sei ihre Zustimmung zum Prinzip der Gleichberechtigung gegeben, die etappenweise und im Rahmen der Sicherheit für alle Nationen verwirklicht werden müsse.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen

SSB. **Friedrichshafen**, 30. Mai. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist von seiner Italienfahrt heute mittag 13.55 Uhr glatt in Friedrichshafen gelandet.

In einem Rundfunkvortrag über den Deutschlandsender und eine Anzahl deutscher Sender faßte Alfred Ingemar Berndt seine Eindrücke beim Zeppelinflug nach Rom, bei der Landung des Luftschiffes und seinem Rundflug über Rom zusammen.

Er führte u. a. aus: Der „Graf Zeppelin" hat nun seine erste Romfahrt hinter sich. Eine historische Stunde des Luftschiffes ist vorbei, in der der König von Italien, der italienische Luftfahrtminister und der deutsche Propagandaminister an Bord weilten, und wenn Mussolini, der begnadete Führer des italienischen Volkes, selbst auch verhindert war, das Luftschiff zu besuchen, so stand er doch am Fenster seines Arbeitszimmers und grüßte von dort aus den Gesandten des deutschen Volkes. Denn ein Gesandter ist der „Graf Zeppelin", wie wir uns einen besseren nicht wünschen können. Er zeigt an, daß deutscher Wagemut und deutsche Unternehmungslust nicht gestorben sind, daß ein großes Volk sich nicht unterkriegen läßt, daß wir noch da sind und lange da sein werden. Und so, wie die italienischen Faschisten in uns Braunhemden das neue Deutschland grüßten, so grüßen wir die Schwarzhemden des jungen Italien, das einst im Bolschewismus zu versinken drohte und das sie unter ihrem genialen Volks- und Staatsführer Mussolini zu einem prächtig geleiteten Musterstaat gemacht haben.

Die Italienfahrt des „Graf Zeppelin" hatte also eine erhöhte Bedeutung gegenüber seinen sonstigen Fahrten; sie war nicht nur der erste Besuch des Luftschiffes überhaupt, sondern überhaupt der erste Volksbesuch des jungen Deutschland beim jungen Italien. Denn auch dieses Land mit seiner fast dreitausendjährigen Geschichte ist heute verjüngt und neugeboren aus dem Chaos.

* *

Reichsminister Dr. Goebbels wurde vom König in Audienz empfangen. Im Anschluß daran fand ein Empfang bei Mussolini statt. Die Unterredung der beiden Staatsmänner war überaus herzlich.

Die kommenden Standesgerichte

Kaiserslautern, 30. Mai. (Conti.) Auf der gestrigen Gauamtswaltertagung der NSDAP. Rheinpfalz sprach u. a. auch der Vertreter der Reichsleitung, Schmeer, der interessante Ausführungen über die kommenden Standesgerichte machte, die durch ein demnächst zu erwartendes Gesetz eingesetzt werden würden. Ihre Aufgabe bestehe darin, Differenzen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu untersuchen, wirtschaftliche Maßnahmen der Betriebe zu überprüfen und bei ungerechtfertigten Preisspannen, Lohnkürzungen usw. mit den schärfsten Mitteln vorzugehen. Der Redner fuhr fort: Das Mittel, das die Regierung damit in der Hand hat, ist folgendes: Wir wollen das neue Staatsbürgerrecht davon abhängig machen, daß jeder Mann in irgend einem Stande tätig ist. Wird einem Deutschen wegen schwerer Verfehlungen durch das Standesgericht das Standesrecht aberkannt, so geht, er gleichzeitig des Staatsbürgerrechtes verlustig. Die nationalsozialistische Regierung wird jedoch keinen innerhalb der Reichsgrenzen dulden, der nicht das Staatsbürgerrecht besitzt.

Die Gläubiger machen Vorschläge

Schon am ersten Tage der Berliner Gläubigerkonferenz hat es sich gezeigt, daß die Unterhändler auf der Gegenseite nicht mit übermäßiger Bereitschaft zum Entgegenkommen sich an den Verhandlungstisch gesetzt haben. Aus ihren Kreisen stammt ein Plan, der durchaus keine Lösung aus den Schwierigkeiten darstellt, der im Grunde nichts anderes als eine Verschiebung der Schwierigkeiten von der privaten auf die staatliche Seite bezweckt. Das eine hat man offenbar eingesehen, daß Deutschland zur Zeit nicht so viel Devisen transferieren kann, wie die ordnungsmäßige Durchführung des Zinsendienstes erforderlich macht. Deshalb hat man, wie wir hören, vorgeschlagen, an Stelle der Devisen Markbonds auszugeben, die mit vier Prozent zu verzinsen wären. Für diese Bonds soll die Reichsregierung die Bürgschaft übernehmen. Das würde bedeuten, daß die privaten Schulden in staatliche Schulden umgewandelt werden und daß der Staat sich an seine Bürger bzw. an die Wirtschaft zu halten hätte. Es gab einen Abschnitt in den reparationspolitischen Kämpfen, währenddessen sich die Reichsregierung um die sogenannte Kommerzialisierung der politischen Schulden bemühte. Die maßgebende Erwägung war dabei, daß man von den Sanktionsdrohungen loskommen wollte, die über den politischen Schulden standen. Die Folgezeit hat zwar gelehrt, daß diese Bemühungen falsch gerichtet waren, daß man sich aus allzu großen politischen Besorgnissen nur in ein Schuldennetz begab, das gerade wegen seines privatwirtschaftlichen Charakters schwerer zu zerreißen war. Das ändert aber nichts daran, daß die Annahme des erwähnten Vorschlages nur eine Atempause schaffen, uns aber noch in keiner Weise von dem auf uns lastenden Zahlendruck befreien würde. Wenn auch die Markbonds vorläufig nur im Auslande handelbar sein sollten, so wäre doch ihre Ausgabe sinnlos, wenn man nicht zu einem späteren Zeitpunkt die Umwandlung in Devisen ins Auge gefaßt hätte. Diese Devisen werden immer nur zu beschaffen sein, wenn man den deutschen Ausfuhrüberschuß steigern kann. Entweder die Barrieren zollpolitischer und währungspolitischer Art, die sich dieser Exportsteigerung entgegenstellen, müssen abgebaut werden, oder man kommt nicht um eine Senkung der Zinsen herum. Die Markbonds könnten ein Mittel darstellen, um die deutsche Ausfuhr anzuregen, wenn sie nämlich nur zu Käufen bei der deutschen Wirtschaft Verwendung finden dürfen.

Der Kennzeichnungszwang für Auslandsfette

WB. **Berlin**, 30. Mai. In einer amtlichen Verlautbarung wird noch einmal darauf hingewiesen, daß Bäckereien usw. verpflichtet sind, durch besonderen Aushang kenntlich zu machen, welche Fette in ihrem Betriebe verwendet werden. Zur Durchführung dieser Vorschriften setzt vom 31. Mai 1933 ab eine verschärfte Kontrolle der in Frage kommenden Betriebe ein. Wer einer der Bestimmungen fahrlässig oder vorsätzlich zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM. bestraft. Die Bevölkerung wird gebeten, bei der Durchführung dieser Kennzeichnungspflicht mitzuwirken. Verstöße werden zweckmäßigerweise sofort der nächsten Polizeibehörde mitgeteilt.

Kampfring junger Deutschnationaler verboten

Hamburg, 30. Mai. (Conti.) Der Kampfring junger Deutschnationaler ist aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1933 am Montag verboten und aufgelöst worden.

Gegen Frankreich . . .

Die angelsächsische „Einheitsfront" in Genf

Die letzten Wochen haben eine neue Verschiebung der weltpolitischen Lage gebracht. Die Hoffnungen Frankreichs, eine „Entente der demokratischen Mächte" herbeizuführen, müssen als gescheitert angesehen werden. Die Zusammenarbeit Frankreichs mit den angelsächsischen Mächten hat sich neuerdings erheblich gelockert. Die französische Diplomatie steht somit vor einer Situation, die nicht mehr so günstig ist wie vor etwa 15 Tagen.

Diese Aenderung hat in erheblichem Maße die Reichskanzlerrede im Reichstag herbeigeführt. Seit diesem Zeitpunkt ist eine Entspannung in den Beziehungen Englands und Amerikas zu Deutschland zu beobachten. Die Bereitwilligkeit Adolf Hitlers, an der Sache des Friedens aktiver denn je mitzuarbeiten und alle Widerstände aus dem Wege zur allgemeinen Abrüstung zu räumen, hat ihren Eindruck bei den Angelsachsen nicht verfehlt. Aber in dem Maße, wie sich das Entgegenkommen Deutschlands in Genf offenbarte, wurde die Haltung Frankreichs immer starrer und unerfreulicher. Solange die Franzosen hoffen zu können glaubten, daß die Abrüstungskonferenz an deutschem Widerstand scheitern werde, konnten sie sich eine weitgehende Großzügigkeit bei der Behandlung der Abrüstungsprobleme leisten. Jetzt aber, wo es selbst dem findigsten französischen Diplomaten nicht gelingen kann, Deutschlands Schuld im Falle des Scheiterns der Abrüstungskonferenz nachzuweisen, muß Frankreich, ob es will oder nicht, die Maske fallen lassen und der ganzen Welt zeigen, wo die eigentlichen Schwierigkeiten der Abrüstungskonferenz liegen.

Kein Wunder, wenn die neue Taktik Frankreichs in Genf, wie sie sich etwa bei der Neuaufrollung der Sicherheitsfrage offenbarte, erhebliche Mißstimmung in England und Amerika hervorgerufen hat. Die Antwort, die England durch den Mund seines Außenministers, Sir John Simon, den Franzosen erteilt hat, läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Man kann die Erklärung, die Herr John Simon im Unterhaus bezüglich der Sicherheitsfrage abgegeben hat, nicht anders als eine Abfuhr Frankreichs bezeichnen. Der englische Außenminister hat sich geweigert, neue Verpflichtungen in der Sicherheitsfrage zu übernehmen. Er hat sich in aller Klarheit von Frankreich distanziert, zumindest was die Sicherheit betrifft.

Wenn man nun in Betracht zieht, welche ungeheure Bedeutung Frankreich aus sehr durchsichtigen Gründen der Sicherheitsfrage beimessen zu müssen glaubt, so kann man sich leicht denken, welche Rückwirkungen die Rede Sir John Simons auf die Haltung der französischen Delegation auf der Abrüstungskonferenz ausgeübt hat. Die französische Presse mit dem halboffiziösen „Temps" an der Spitze, der seinen Landsleuten in Genf besonders eifrig beizustehen pflegt, sah sich mit großer Promptheit zur Feststellung veranlaßt, daß die Weigerung Englands, eindeutige Garantieverpflichtungen zu übernehmen, Frankreich die Möglichkeit nehme, in der Frage der Abrüstung weiter zu gehen, als dies französischerseits schon bis jetzt (?) geschehen sei. Mit anderen Worten: die Haltung Frankreichs in Genf ist heute offenkundig intransigent.

Es wäre falsch, die Tragweite der Meinungsverschiedenheiten zwischen den Franzosen und den Angelsachsen zu übertreiben, also etwa daraus das allgemeine Verhältnis dieser Nationen zu Deutschland abzuleiten. Aber ebenso falsch wäre es, die Kluft zu übersehen, die sich in Genf zu bilden beginnt. Sowohl die englische wie die amerikanische Presse weiß manches Unfreundliche per Adresse Frankreich zu sagen, was noch vor wenigen Wochen ein Ding der Unmöglichkeit war. Wenn es auch wahr ist, daß es zwischen England und Amerika tiefgreifende Gegensätze gibt, Gegensätze, die in erheblichem Maße die weltpolitische Lage schon morgen bestimmen werden, so gehen doch diese beiden Mächte in der Frage der Abrüstung und Sicherheit weitgehend konform. Es hat sich in Genf eine angelsächsische Einheitsfront gegen Frankreich wenn nicht ganz gebildet, so doch bereits abgezeichnet. Die Bemühungen der Franzosen werden in den nächsten Tagen darauf gerichtet sein, diese Einheitsfront zu zerschlagen. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die nächsten Debatten auf der Abrüstungskonferenz beachtet werden.

Die Grenzsperre gegen Oesterreich

Berlin, 30. Mai. Die bereits angekündigte Regelung des Reiseverkehrs zwischen Deutschland und Oesterreich ist am 29. Mai 1933 getroffen worden. Im heutigen Regierungsgesetzblatt erscheint ein Gesetz der Reichsregierung über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Oesterreich, ferner eine hierzu vom Reichsminister des Innern erlassene Durchführungsverordnung.

Das am 1. Juni 1933 in Kraft tretende Gesetz sieht die Erhebung einer Gebühr von 1000 RM. für jede Reise vor, die ein Reichsangehöriger mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inland, in oder durch das Gebiet der Republik Oesterreich unternimmt. Die Gebühr ist vor Antritt der Reise bei der zuständiger Sichtvermerksbehörde zu entrichten, die die Entrichtung im Paß vermerkt. Auf dem kleinen Grenzverkehr, soweit er durch besondere Bestimmungen für die in den Grenzgebieten ansässige Bevölkerung geregelt ist, findet das Gesetz keine Anwendung, wohl aber trifft es auf den Ausflugsverkehr an der Grenze zu.

Mit Geldstrafe nicht unter 5000 RM. oder mit Gefängnis werden die Reichsangehörigen bestraft, die entgegen den Vorschriften des Gesetzes oder der Durchführungsverordnung aus dem Reichsgebiet unmittelbar oder auf einem Umwege nach oder durch Oesterreich reisen.

Neben den besonderen Vermerken für Reisen nach und durch Oesterreich ist im Einzelfall die Beschaffung des für Reichsangehörige bei Auslandsreisen allgemein erforderlichen Ausreisesichtvermerks notwendig.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Der deutsche Reichsbischof
Pastor D. von Bodelschwingh

Juristische Prüfung der Bischofsfrage

Berlin, 30. Mai. Aus Kreisen der Glaubensbewegung Deutsche Christen wird dem VdZ. mitgeteilt, daß die Auffassung der hinter dem Kapler-Ausschuß stehenden Kreise, daß der Kapler-Ausschuß ohne weiteres ermächtigt gewesen sei, mit Zustimmung eines Teiles der gesetzlichen Vertreter der Landeskirche den Pastor von Bodelschwingh als Reichsbischof auszurufen, in dieser Form nicht zutreffend sei. Vielmehr sei die Frage, ob die Ermächtigung des Kapler-Ausschusses und der führenden Mitglieder der Kirchenregierung derart weit geht, vielfach bestritten. Die Rechtsgrundlage dieser Frage werde zur Zeit eingehend geprüft. Das Ergebnis dieser Prüfung werde bereits in den nächsten Tagen vorliegen.

Wehrkreispfarrer Müller beim Reichskanzler

Berlin, 31. Mai. (Conti.) Reichskanzler Adolf Hitler empfing den Blättern zufolge gestern den Wehrkreispfarrer Müller zu einer Unterredung. In der Besprechung ergab sich, wie mitgeteilt wird, die völlige Einmütigkeit in der Beurteilung der schwebenden Fragen.

Danzig nach der Wahl

Der Präsident des Danziger Landbundes, Rauschning, über die künftige Politik der NSDAP.

Berlin, 29. Mai. (Conti.) Auf Einladung des Danziger Landbundes (der der Reichsführergemeinschaft des Deutschen Bauernstandes angehört) gab heute in einer Pressebesprechung der Präsident des Danziger Landbundes und agrarpolitische Fachberater der NSDAP., Dr. Hermann Rauschning, — der auch als künftiger Senatspräsident der Freien Stadt genannt wird — einige Erläuterungen zu dem Ausgang der Danziger Volkstagswahlen.

Er betonte, daß es auch für eine neue, nationale Regierung notwendig sein werde, unter allen Umständen Verfassung und bestehende Verträge zu erhalten, da sie die Rechtsgrundlage seien, auf Grund deren die Unabhängigkeit der Freien Stadt gewahrt werden könnte. Alle Maßnahmen, die in Deutschland möglich gewesen seien, könnten nur auf dem Wege der staatlichen Gesetzgebung durchgeführt werden. Judentum und derartige Probleme spielten in Danzig überhaupt keine Rolle, der arische Paragraph komme nicht in Frage. Auch liege keine Veranlassung vor, die Kampfmaßnahmen, die in Deutschland vorübergehend durchgeführt werden mußten, in Danzig durchzuführen, da Danzig nicht dem ausländischen Boykott wie Deutschland unterworfen worden sei. Wenn man sich auch an die bestehenden Verträge und die Verfassung absolut halten wolle, so hoffe man doch letzten Endes, eine neue Form für das Gemeinschaftsleben und das Wirtschaftsleben zu finden.

Was das Verhältnis zu Polen anbelange, so erklärte Dr. Rauschning, stehe er auf dem Standpunkt Adolf Hitlers, daß das Bekenntnis zum eigenen Volkstum auch ein Bekenntnis zur Achtung fremden Volkstums in sich berge. Im Ostraum könnten die Verhältnisse nur gewährleistet werden auf dem Grundsatz der Gleichberechtigung und Achtung der beiderseitigen Nationen. Die Nationalsozialisten seien bereit, mit den Polen zu einer Generalbereinigung sämtlicher schwebenden Fragen zu kommen. Allerdings auf der Basis der Gegenseitigkeit. Eine Bereitschaft zum Frieden sei nicht gleich einer Bereitschaft zur Unterwerfung. Die unabdingbaren Rechte könnten auf keinen Fall preisgegeben werden.

Die Lage der Danziger Wirtschaft sei fast noch schwieriger als die in Deutschland und große Wirtschaftszweige seien einfach nicht mehr zu beleben. Es müsse versucht werden, ein Instrument der Kooperation der einzelnen Wirtschaftskreise zu finden. Zu diesem Zwecke solle eine Hauptberufsständekammer geschaffen werden, die als Selbstverwaltungskörper eine Reihe von Maßnahmen werde durchführen können, die der Staat außen- und innenpolitisch nicht lösen könne. Eine Verwaltungsreform und Vereinfachung könne dadurch vielleicht gefunden werden, daß man staatliche Hoheitsrechte in eine reine Verwaltungskörperschaft, wie sie mit der Ständekammer geplant sei, delegiere. Man werde auch den genialen Gedanken des Führers, das Reichsstatthalterprinzip, natürlich in geänderter Form, aufgreifen, indem man staatliche Präsidenten in diese Hauptwirtschaftskammer hineinschicke. Dadurch erübrige sich jeder Eingriff in die wirtschaftlichen Belange von irgendwelcher Seite.

Zum Schluß seiner Ausführungen gab Landbundpräsident Dr. Rauschning seiner Hoffnung Ausdruck, daß die NSDAP. die Schwierigkeiten meistern werde und daß sie die wirtschaftliche Lage und Selbständigkeit Danzig werde erhalten können.

*

Vorher hatte Dr. Rauschning Mitteilungen über den Wahlkampf gemacht. Er wies darauf hin, daß das Wahlergebnis um so höher zu würdigen sei, als den Nationalsozialisten keinerlei Hilfsmittel in Danzig zur Verfügung gestanden haben. Er wies dann auf die außenpolitischen Befürchtungen hin, die von allen Seiten auf einen Sieg der nationalsozialistischen Bewegung in Danzig geknüpft worden seien und schließlich auf das bedauerliche Verhalten der Deutschnationalen, die in stärkster Kampfstellung mit den anderen Parteien zusammen gegen die Nationalsozialisten gestanden hätten. Im Interesse der Sicherheit Danzigs müßte so schnell wie möglich dem Wahlergebnis Rechnung getragen werden. Mit den Deutschnationalen und dem Zentrum zusammen könnten die Nationalsozialisten eine Dreiviertelmehrheit erreichen, die ausreichend sei für alle neuen Maßnahmen. Doch könnten sich die Nationalsozialisten nicht Bedingungen diktieren lassen, sondern sie müßten ihrerseits verlangen, daß man zumindestens die Grundideen und Leitgedanken des Nationalsozialismus zu eigen mache.

Genf zum Fall Bernheim

Deutschland lehnt fremde Einmischung energisch ab

WB. **Genf**, 30. Mai. Der Völkerbundsrat beschäftigte sich Dienstag vormittag mit der Petition des jüdischen Handelsangestellten Bernheim auf Aufhebung gewisser reichs- und landesrechtlicher Bestimmungen in Oberschlesien. Zu dem vom Vertreter Irlands vorgelegten Bericht gab der deutsche Vertreter, Gesandter von Keller, eine Erklärung ab, in der er bedauerte, namens der Reichsregierung erklären zu müssen, daß diese nicht in der Lage sei, den Bericht anzunehmen.

Aus der Petition Bernheims, fuhr Gesandter von Keller fort, geht hervor, daß der Petent weder durch Abstammung, noch durch ein Familienband zu Oberschlesien gehört. Selbst wenn man die Hypothese zuließe, daß auf Grund seiner angeblich persönlich erlittenen Ungerechtigkeiten in Oberschlesien der Petent das Recht hätte, für seine Person Rechte aus dem Artikel 147 der Genfer Konvention geltend zu machen, ist er keinesfalls berechtigt, über generelle Fragen und die Anwendbarkeit deutscher Gesetze in Oberschlesien Beschwerde zu führen, da diese Gesetze ihn in keiner Weise berühren. Im übrigen ist ganz abgesehen von der Unzuständigkeit des Petenten eine Beschwerde dieser Art schon deshalb nicht möglich, weil hinsichtlich der Anwendung dieser Gesetze in Oberschlesien noch keinerlei endgültige Tatsache geschaffen worden ist.

Obwohl die deutsche Regierung an sich nicht verpflichtet ist, sich zu dieser Frage sachlich zu äußern, hat sie aus eigener Initiative und aus politischen Gründen, um allen Mißverständnissen vorzubeugen, die dem Rat bekannte Erklärung abgegeben, daß die internationalen Verträge des Deutschen Reiches selbstverständlich durch innerpolitische Gesetze nicht berührt werden. Der vorliegende Bericht trägt dieser Rechts- und Sachlage nicht Rechnung.

Die deutsche Regierung ist der Ansicht, daß der Rat sich damit hätte begnügen müssen, von der deutschen Erklärung Akt zu nehmen und damit die Beschwerde zu ihren allgemeinen Ausführungen als erledigt zu erklären.

Was den Fall Bernheim anbelangt, so ist die Frage der Zugehörigkeit des Petenten zum mindestens noch nicht genügend geklärt. Die deutsche Regierung hat die notwendige Untersuchung eingeleitet und ist gegebenenfalls bereit, den Fall in Uebereinstimmung mit den Bestimmungen der Konvention im lokalen Verfahren zu regeln.

In dem Bericht des irischen Vertreters wird gesagt, daß eine bloße Lektüre der in der Petition erwähnten Gesetze und Verwaltungsmaßnahmen zeige, daß in dem Maße, wie wenigstens einige dieser Bestimmungen im Gebiete von Oberschlesien angewandt wurden, diese Anwendung nicht stattfinden konnte, ohne in Widerspruch zu geraten mit einer Reihe von Bestimmungen der Genfer Konvention. Der Bericht schlägt dem Rat vor, von den Erklärungen der deutschen Regierung Kenntnis zu nehmen in der Ueberzeugung, daß die deutsche Regierung alles getan habe und noch tun werde, um sicherzustellen, daß die Bestimmungen der Genfer Konvention über den Schutz der Minderheiten voll respektiert werden. Der Bericht schließt mit dem Vorschlage, den Fall Bernheim dem lokalen Verfahren zu überweisen.

Unter gespanntester Aufmerksamkeit des überfüllten Saales gab sodann

Paul-Boncour

eine längere Erklärung ab, in der er ausführte, der Völkerbundsrat könne nicht das Recht der Mißachtung einer Rasse zulassen, die über die ganze Welt zerstreut sei. Frankreich habe als erster Staat in der französischen Revolution die Juden von drückenden Sonderbestimmungen befreit. Im gleichen Geist und in der gleichen Festigkeit vertrete Frankreich auch heute diesen Standpunkt. Auf der Versailler Konferenz habe Deutschland den Abschluß von Minderheitenschutzverträgen durchgesetzt und sich verpflichtet, im eigenen Lande die gleichen Minderheitsrechte zu achten, die Deutschland von anderen Staaten zum Schutz der deutschen Minderheit fordert. Zum Schluß forderte Paul-Boncour eine endgültige sachliche Entscheidung über den Fall Bernheim in kürzester Frist. Der

polnische Vertreter Graf Raczynski

gab sodann eine an Gehässigkeit und Feindseligkeit gegen Deutschland nicht zu überbietende Erklärung ab, Polen schließe sich, so erklärte er, vollständig der Erklärung Frankreichs und Englands an und stelle fest, daß Deutschland seine bisherige Haltung in der Frage des Minderheitenschutzes aufgegeben habe. Jede Ratsmacht habe das moralische Recht, an Deutschland den Appell zu richten, dem Judentum die gleichen Rechte zu garantieren. Heute sei in Deutschland das Judentum nur in einem kleinen Teil geschützt. Das gegenwärtige Minderheitensystem müsse grundsätzlich abgeändert werden.

Der **spanische Außenminister Zulueta** wies auf die internationale Bedeutung des Falles hin und verlangte eine schnelle und endgültige Entscheidung. Gleichlautende Erklärungen gaben sodann die Vertreter Norwegens, der Tschechoslowakei und Guatemalas, die ausdrücklich ihren Gegensatz gegenüber dem deutschen Standpunkt betonten. Von den Ratsmächten gab lediglich der Vertreter Italiens keine Erklärung ab.

Der deutsche Vertreter von Keller

wies darauf hin, daß der Völkerbundsrat sich ausschließlich auf die Lage in Oberschlesien zu beschränken habe. Deutschland habe den Minderheiten weitgehendste Rechte eingeräumt. Der Vorschlag zur Einsetzung eines Juristenausschusses sei überflüssig, da die Einzelfragen lokal im Verfahren geklärt werden können. **Gesandter von Keller stellt sodann ausdrücklich fest, daß in den letzten Jahren immer wieder zahlreiche Minderheitenfragen vor den Völkerbundsrat gelangt seien, die jedoch in einem ganz anderen Geiste behandelt worden seien, als der Fall Bernheim.** Wenn das Gefühl der Gerechtigkeit bei der Behandlung der übrigen Minderheitenfragen im Völkerbundsrat ebenso lebendig gewesen wäre, wie bei der Behandlung dieses Falles, so wäre der Völkerbund zweifellos nicht immer wieder so außerordentlich scharf wegen seiner mangelhaften Haltung in den Minderheitenfragen angegriffen worden.

Der Völkerbundsrat beschloß, 48 Stunden nach Vorliegen des Berichtes des Juristenausschusses zur **endgültigen Entscheidung** des Falles Bernheim wieder zusammenzutreten.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda führt den deutschen Fremdenverkehr

WB. **Berlin**, 29. Mai. Die Führung im deutschen Fremdenverkehr hat der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, übernommen. Der bisher von Reichsminister a. D. Dr. Hamm geleitete Hauptausschuß für Fremdenverkehr wird in einen Reichsausschuß für Fremdenverkehr umgebildet, dessen Vorsitz der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda führt. Zur Geschäftsleitung wird der Reichsminister einen Arbeitsausschuß bestellen. Der Reichsausschuß für Fremdenverkehr wird seine Arbeit schon in der kommenden Woche aufnehmen. Er wird die Zusammenfassung und Leitung der Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs im In- und Ausland übernehmen.

*

Berlin, 30. Mai. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute Vizekanzler von Papen zum Vortrag, ferner den Reichswehrminister General der Infanterie von Blomberg zum Vortrag.

Aus Stadt und Land

(Wetterbericht.) Die Wetterlage hat sich noch nicht wesentlich geändert. Für Donnerstag und Freitag ist infolgedessen zwar zeitweilig aufheiterndes, aber zu leichter Unbeständigkeit neigendes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 29. Mai. Am letzten Freitag sprach ein Siedler, Herr Dolle aus Westfalen, im Gemeindehaus hier über die Behebung der Arbeitslosigkeit, ohne daß Geld dazu erforderlich sei, nach dem Vorbild der Gemeinschaft Deutsche Ordnung. Bürgermeister Neuhaus begrüßte die Erschienenen und gedachte zuerst der Bedeutung des zehnjährigen Todestages des deutschen Freiheitshelden Leo Schlageter. Er ermahnte die Revoltemacher von heute, sich an diesem Helden ein Beispiel zu nehmen, der frei von kleinlichem Haß, frei von Egoismus und frei von jedem unlauteren Trieb nur das eine große Ziel im Auge hatte, sein Volk, seine Heimat und sein Vaterland. Er starb nicht wegen sich, sondern für seinen Nächsten als erster Soldat für das dritte Reich, für die deutsche Volksgemeinschaft. Er forderte die Anwesenden auf, sich zu Ehren des Helden von den Sitzen zu erheben, um gemeinsam auf ihn und das geliebte Vaterland ein kräftiges „Sieg Heil" auszubringen. Sodann begrüßte der Ortsvorsteher Herrn Dr. Josenhans aus Wildbad und vor allem den Redner, Herrn Dolle aus Westfalen. Herr Dolle knüpfte an die Ausführungen des Ortsvorstehers an, er erzählte einiges von Düsseldorf, wo er Schlageter persönlich lieben und schätzen gelernt hätte. Sodann erzählte er aus der Praxis heraus, wie und was alles gemacht werden kann, um die Arbeitslosigkeit zu beheben und Werte zu schaffen. An die Stelle des Geldes müßten die Leistungsansprüche treten. Leistungsschulden und Leistungsguthaben könnten rein buchmäßig, also vollständig ohne Geld verbucht werden. Das kapitalistische Denken und die kapitalistische Wirtschaftsordnung hätten versagt und müßten daher durch eine neue deutsche Ordnung ersetzt werden. Der Jude Cou habe es verstanden, statt von der eigenen Arbeit von der Arbeit der andern zu leben, daher auch in den letzten Jahren Cou-Kurse. Das Geld müsse wenig sein, damit die Menschen feste hinter ihm drein laufen und hohe Zinsen zahlen. Die Aktionäre heiße man heute Aktionisten, weil sie nach Jerusalem gehören würden. Grundsatz für die neue Bewegung dieser der Deutschen Ordnung sei Geduld, Zähigkeit und Ausdauer, so wie auch unser Führer Adolf Hitler seine Bewegung geschaffen und geführt habe. Die Deutsche Ordnung, die also ohne Geld direkt den Leistungsaustausch zum Gegenstand habe, müssen sich von unten herauf aufbauen. Von Nachbarschaften in Hundertschaften, in Wehrschaften usw. Es gelte Krieg und Kampf zu führen jeden Tag erneut gegen die Armut. Damit eine neue Wirtschaftsordnung kommen könne, müssen zuerst wie bei allem andern es auch der Fall sei, die Voraussetzungen geschaffen werden und diese Voraussetzungen seien heute gegeben. In der Pause ergriff nochmals Bürgermeister Neuhaus das Wort und führte aus, daß es sich hier praktisch um fast das Gleiche wie die Ausgleichskassen und die Gedanken von Dr. Dickel und Ludwig Herbel handle. Wir in Birkenfeld hätten von jeher dem Grundsatz gehuldigt, keine Unterstützung ohne Arbeit und er hätte es begrüßt, wenn schon von Anfang an die Arbeitsämter wirkliche Arbeitsämter in dem Sinn gewesen wären, daß jedem arbeitslosen deutschen Volksgenossen, der unverschuldet keine Arbeit mehr habe finden können, so viel Arbeit von dort zugewiesen worden wäre, daß er dadurch einen Verdienst zu einem ganz bescheidenen, aber ehrlichen Durchkommen für sich und seine Familie gehabt hätte. Ein ungeheurer Reichtum liege in diesen brachliegenden Arbeitskräften. Eine mißbräuchliche Ausnützung von Arbeitslosen- oder sonstigen Unterstützungen wäre dadurch ebenfalls vermieden worden. In Erkenntnis dieser Sachlage werden ja heute von der neuen Regierung erfreulicherweise der Arbeitsdienst ausgebaut und durchgeführt. Um die Gedanken des direkten Leistungsaustausches durchzuführen, wäre es nach seiner Ansicht gut, wenn sich mindestens der ganze Oberamtsbezirk und auch noch die Stadt Pforzheim zu einem Leistungsring zusammenschließen würden. Herr Dolle zeigte darauf noch an Hand von Lichtbildern die auf Grund des von ihm vorgetragenen Gedankengutes entstandenen Siedlungen und schloß mit einem Dank an den Redner die Versammlung.

Niebelsbach, 29. Mai. Ein überaus großer Leichenzug bewegte sich gestern zum Friedhof. Ein weit über die Grenzen seiner Heimatgemeinde hinaus bekannter Mann, der Bauer, Baumzüchter und Weingärtner Wilhelm Glauner wurde zu Grabe getragen. Derselbe erreichte ein Alter von 81 Jahren. Einem alten Bauerngeschlecht entsprossen, betrieb er als Spezialität Obst- und Weinbau und war in seinen jüngeren Jahren führend in diesen Zweigen der Landwirtschaft und bestrebt, diese rentabel zu gestalten. Dabei führte er verschiedene Neuerungen durch. Wenn auch nicht alles zum Segen ausschlug, wie z. B. die Einführung der Hybriden, so muß doch an seinem Grabe bekannt werden, daß er besonders im Obstbau manches für die Allgemeinheit geleistet hat, wofür er Dank und Anerkennung verdient. Mit ihm ist eine markante Persönlichkeit von uns gegangen. Mögen nun junge Kräfte sein begonnenes Werk weiter führen. Der Verein ehemaliger Kriegsteilnehmer und Soldaten widmete seinem treuen Kameraden einen Kranz.

Württemberg

Klein-Villars, OA. Maulbronn. (Im Streit erstochen.) Sonntag nachmittag hat der ledige 20jährige Hilfsarbeiter Otto Eisenmann den 26jährigen verheirateten Landwirt Fritz Ginger nach kurzem Wortwechsel erstochen. Der Tod trat sofort ein. Der Täter ging flüchtig, konnte jedoch nach kurzer Zeit festgenommen und ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert werden.

Stuttgart. (Wer gibt SA.- und SS.-Männern einen kostenlosen Erholungsaufenthalt?) Aus Anlaß der Hitler-Spende wurden in manchen Gegenden Deutschlands nicht nur von Kurbetrieben, Gasthöfen und Pensionen, sondern auch von Privatpersonen, zum Teil sogar von solchen, die selbst in bescheidenen Verhältnissen leben, Freiplätze von 2—4 Wochen bedürftigen SA.- und SS.-Männern für Erholungszwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Reichskanzler hat die Oberste SA.-Führung mit der Verteilung der übersandten Freischeine für Erholungszwecke beauftragt. Zwecks einheitlicher Regelung dieser Art von Hitler-Spende wurde der Bund Deutscher Verkehrsverbände gebeten, die ihm angeschlossenen Landesverkehrsverbände mit der Sammlung von Freischeinen für solche Erholungsaufenthalte zu betrauen. Es werden daher auch die in Württemberg und Hohenzollern befindlichen Kurbetriebe, Hotels, Gasthöfe, Fremdenheime, gemeinnützige Erholungsstätten und solche Privatpersonen, die dazu in der Lage sind, gebeten, Freiplätze solcher Art dem Verkehrsverband Württemberg-Hohenzollern in Stuttgart-N. Hauptbahnhof, anzumelden. Vordrucke für solche Anmeldungen sind bei diesem Verband kostenlos erhältlich.

Ludwigsburg. (25. Verbandstag der württ. Schmiedemeister.) Am Sonntag fand hier der 25. Verbandstag des württ. Schmiedemeisterverbandes statt, nachdem am Samstag ein Begrüßungsabend vorausgegangen war. Am Sonntag vormittag legte eine Abordnung am Königsgrab im alten Friedhof einen Kranz nieder. Die Hauptversammlung leitete der Verbandsvorsitzende Schmiedmeister Huber-Ludwigsburg. Die Wünsche des Wirtschaftsministeriums und des Landesgewerbeamts überbrachte Oberregierungsrat Marquardt. Den

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Jahresbericht erstattete Geschäftsführer Rauscolat. Es wurden verschiedene Anträge angenommen betr. Abgrenzung der Arbeiten zwischen Schmied und Schlosser. Die Frage der Konzessionierung der Hufschmiede wird weiter verfolgt. Der Vorstand ist bereits gleichgeschaltet. Der erste Vorsitzende ist Obermeister Huber-Ludwigsburg, sein Stellvertreter Eugen Mayer-Heilbronn. Als Ort der nächsten Verbandstagung wurde Reutlingen gewählt.

Mettingen, OA. Eßlingen. (Tödlicher Unfall.) Am Mittwoch nachmittag hielten sich mehrere Kinder auf dem der Firma Ludwig Bauer gehörigen Anschlußgleis spielend auf. Schließlich wurde der auf dem Gleis stehende offene Transportwagen genannter Firma bestiegen. Vorn an der Stirnseite des Wagens saß die achtjährige Tochter Angela des Formermeisters Krauß mit herabhängenden Beinen. Der Wagen wurde angeblich mit Hilfe eines Lehrjungen in Bewegung gesetzt. Beim Passieren der vorhandenen Weichenstelle wurde das vorn sitzende Mädchen von dem Weichenhebel an den Beinen erfaßt und unter die Räder gerissen. Auf die Hilferufe der Kinder eilten alsbald einige in der Nähe befindliche Personen herbei und befreiten das Kind aus seiner entsetzlichen Lage. Das Mädchen wurde sofort nach dem Bezirkskrankenhaus in Cannstatt verbracht, wo es aber bald nach der Einlieferung an den erlittenen Verletzungen (Zerreißung der Leber) starb.

Waiblingen. (Der Verletzungen erlegen.) Wie schon berichtet, erlitt der 27 Jahre alte Karl Schmied aus Stetten i. R. durch Sturz vom Motorrad in der Langenstraße einen schweren Schädelbruch. Der Mann ist nun im hiesigen Krankenhaus seinen lebensgefährlichen Verletzungen erlegen.

Geislingen a. St. (Reichsstatthalter Murr Schirmherr des Landesschießens.) Das 7. württ. Landesschießen für Zimmerschützen findet hier am 19., 20. und 21. August ds. Js. statt. Reichsstatthalter Murr hat die Uebernahme der Schirmherrschaft für das Landesschießen zugesagt.

Münsingen. (Schwerer Autounfall.) Am Neuen Lager ereignete sich Sonntag nachmittag ein folgenschwerer Verkehrsunfall. Ein Ebinger Auto, das mit vier Personen besetzt war, kam in starkem Tempo von Auingen her. Beim Neuen Lager sprang ihm ein Jagdhund in das Vorderrad, was zur Folge hatte, daß sich der Wagen zweimal überschlug. Die Insassen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Ein Fräulein, die Braut des Wagenführers, erlitt einen Kieferbruch. Die Verletzten wurden ins Bezirkskrankenhaus verbracht. Die Schuldfrage soll im Schnellfahren zu suchen sein. Der überfahrene Hund mußte auf der Stelle erschossen werden.

Sulgau, OA. Oberndorf. (Der „Bären" in Sulgau abgebrannt.) Montag morgen ½3 Uhr ertönte Feueralarm. Das Anwesen der Geschwister Roming, Gasthaus z. „Bären", stand in hellen Flammen. Die Feuerwehren von Sulgau, Sulgen, sowie die Betriebsfeuerwehr der Fa. Junghans waren alsbald zur Stelle. Das etwa 300 Jahre alte Haus brannte jedoch mit größter Schnelligkeit nieder und die Wehren mußten hauptsächlich auf den Schutz der Nachbarhäuser bedacht sein. Menschen und Tiere kamen nicht zu Schaden. Das Mobiliar ist mitverbrannt. Das Anwesen ist versichert. Die Brandursache ist völlig unbekannt. Die Wirtschaft, die über den Winter geschlossen war, hätte am kommenden Pfingstsonntag neu eröffnet werden sollen.

Heidenheim. (Zwei Edelhirsche verschwunden.) Aus dem Hirschpark sind zwei weibliche Edelhirsche verschwunden, die erst kurz zuvor dort neu eingebracht worden waren. Am Samstag nachmittag versuchten verschiedene Heidenheimer die Tiere wieder einzufangen, doch war die Jagd vergebens. Da die Tiere aus freiem Gehege stammen, werden sie sich in der Freiheit sehr wohl fühlen.

Nationalsozialistische Gemeindepolitik

Stuttgart, 30. Mai. Auf einer Tagung der nationalsozialistischen Bürgermeister und Gemeinderäte sprach Oberbürgermeister Dr. Strölin über Nationalsozialismus und Gemeindepolitik. Er verlangte dabei solide Finanzgebarung und besondere Sorge für Kriegsbeschädigte sowie Förderung von Mittelstand und Bauernstand sowie der Arbeitsbeschaffung, Kulturpflege und Erziehungsarbeit an der Jugend. Innenminister Dr. Schmidt sprach über die kommende württembergische Gemeindeordnung, die dem Ortsvorsteher mehr Rechte und größere Verantwortung geben wird. Er wird in Städten mit über 10 000 Einwohnern vom Reichsstatthalter eingesetzt, in kleineren Gemeinden vom Innenministerium bestellt werden und zwar lebenslänglich, wodurch manche Mißstände behoben werden. Der Bürgermeister kann aber auch an andere Orte versetzt werden. Bei der Ernennung von Bürgermeistern hat der Gemeinderat künftig nur noch das Vorschlagsrecht. Fortan müssen Gemeindevertreter aus dem Gemeinderat ausscheiden, wenn sie aus der ursprünglichen Wahlgemeinschaft ausgetreten sind.

Landwirtschaftlicher Vollstreckungsschutz

Stuttgart, 29. Mai. Ein Erlaß des Wirtschaftsministeriums weist darauf hin, daß nach der Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz die Aufhebung der Zwangsvollstreckung in Gegenständen des landwirtschaftlichen Betriebes und des Hausrats bei Ansprüchen aus laufenden Steuern, laufenden Annuitäten erststelliger Hypotheken und laufenden Betriebskrediten von einer Bescheinigung der unteren Verwaltungsbehörde abhängig gemacht ist. Für die Beurteilung der Frage, ob dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung die zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte unentbehrlichen Mittel entzogen werden, sind die wirtschaftlichen Verhältnisse des einzelnen Betriebs allein entscheidend. Unerheblich ist, ob der Gläubiger eine Person des öffentlichen Rechts (Staat, Gemeinde, öffentl. Sparkasse) oder eine Privatperson ist. Die Erteilung der Bescheinigung setzt voraus, daß dem Schuldner durch die Zwangsvollstreckung Mittel entzogen würden, die er zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft bis zur Ernte 1933 nicht entbehren kann. Da der Zeitpunkt der Ernte und der Hauptjahreseinnahmen bei den einzelnen Gruppen landwirtschaftlicher und gärtnerischer Betriebe recht verschieden liegt (z. B. Spargel- und Beerenobstbau einerseits, Getreide- und Hackfruchtanbau andererseits), wird unter Umständen bei einem Betrieb, dessen Ernte früh liegt und bei dem die Haupteinnahmen früh geflossen sind, die Voraussetzung für die Erteilung der Bescheinigung nicht gegeben sein, während zu gleicher Zeit ein Betrieb, dessen Ernte später liegt, den Erlös des gepfändeten Gegenstandes für die Fortführung der Wirtschaft nicht entbehren kann. Soweit im Einzelfall Zweifel darüber bestehen, was „zur ordnungsmäßigen Fortführung der Wirtschaft" an Ausgabebedarf nicht entbehrt werden kann, wird sich die Anhörung der Landwirtschaftskammer empfehlen. Die Gemeindebehörden werden ersucht, bei Ausstellung der Bescheinigungen hierauf zu achten.

Landwirtschaftskammer

Die vom Leiter des Wirtschaftsministeriums angeordnete Prüfung der Geschäftsführung der Landwirtschaftskammer ist abgeschlossen. Als Ergebnis kann festgestellt werden, daß die Geschäfte der Kammer durchaus einwandfrei geführt worden sind; dies gilt insbesondere auch für die Leitung durch den Direktor der Kammer. Dagegen sind gegen einen Beamten der Kammer in seiner Eigenschaft als Geschäftsführer eines der Kammer nahestehenden Vereins Beanstandungen festgestellt worden, die zurzeit noch geprüft werden.

Die württ. Regierung zur „Aktion" gegen den Reutlinger Stadtvorstand

Reutlingen, 29. Mai. Der württ. Staatskommissar für Körperschaftsverwaltung, Landrat Dr. Battenberg-Stuttgart, teilt mit: „Bei den am Freitag 26. Mai, abends ¾10 Uhr, vor der Wohnung des Oberbürgermeisters Dr. Haller veranstalteten Sprechchören" handelt es sich um Ausschreitungen einiger junger Leute, die schlechtweg als grober Unfug zu bezeichnen sind u. lediglich polizeiliches Interesse beanspruchen. Gegen Oberbürgermeister Dr. Haller liegt bei mir und den zuständigen Behörden bis jetzt nicht das Geringste vor, was zur Amtsenthebung aus disziplinären oder politischen Gründen zu führen geeignet wäre. Zu der in diesem Zusammenhang wieder aufgewärmten Angelegenheit des sog. „anonymen Briefes" habe ich als derjenige, der seinerzeit als Regierungskommissar den „Reutlinger Rathausstreit" bis ins Einzelne untersucht hat, zu erklären: Es ist nicht wahr, daß Oberbürgermeister Dr. Haller einen „anonymen Brief" geschrieben hat. Dies ist auch gerichtlich festgelegt. Diese Behauptung stammt lediglich von interessierter marxistischer Seite, gegen die Oberbürgermeister Dr. Haller sich damals um sein gutes Recht wehren mußte. Sollten je an der Demonstration vom Freitag Nationalsozialisten beteiligt gewesen sein, so kann es sich nur um junge Leute gehandelt haben, die einer bedauerlichen Irreführung durch unverantwortliche Personen zum Opfer gefallen sind. Was hier geschehen ist, sind Vorgänge, die an übelste marxistische Methoden erinnern, aber mit Nationalsozialismus nichts zu tun haben. Die Angelegenheit wird von den berufenen Stellen weiter untersucht werden."

Handel und Verkehr

Obsternte-Aussichten 1933

Stuttgart, 27. Mai. Vom Württ. Obstbauverein wird geschrieben: Die Obsternteaussichten 1933 lassen sich noch nicht völlig übersehen. In den Höhenlagen sind noch nicht alle Apfelsorten aufgeblüht. Immerhin ergeben die bis jetzt eingelaufenen Berichte unserer Vertrauensmänner ein vorläufiges Bild. Es scheint, daß der Frostschaden diesmal ziemlich unwillkürlich eingefallen ist, hauptsächlich dort, wo starke Ostwindströmung herrschte. Von den höchsten Lagen wird wenig oder gar kein Frostschaden gemeldet, während die niederen wesentlich ungünstiger abschneiden. Nachfolgendes Ergebnis der Umfragen liegt bis jetzt vor: Tafeläpfel gut, Mostäpfel gut, Tafelbirnen übermittel, Mostbirnen fast gut, Süßkirschen gering bis mittel, Weichsel mittel, Erdbeeren mittel bis gut, Stachelbeeren mittel bis gut, Himbeeren fast gut, Pfirsiche gering, Aprikosen gering, Pflaumen mittel, Reineclauden, Mirabellen mittel, Hauszwetschgen mittel bis gut, Quitten mittel bis gut, Walnüsse gering bis mittel, Waldbeeren gut. Die Kirschen werden nur an wenigen Plätzen nennenswerte Ernten geben, etwas besser sind die Sauerkirschen einzuschätzen. Pfirsiche und Aprikosen berechtigen nur zu recht geringen Hoffnungen, während die Pflaumen- und Zwetschgenernte etwas mehr verspricht. Den Berichten ist weiter zu entnehmen, daß manche früher stark aufgetretene Schädlinge nahezu ganz verschwunden sind oder nur noch ganz vereinzelt auftreten, so der Frostnachtspanner; es hat sich hier deutlich erwiesen, daß gemeinschaftliche Bekämpfung das einzig Richtige und Erfolgreiche ist.

Letzte Nachrichten

Darmstadt, 30. Mai. Die Technische Hochschule in Darmstadt teilt mit: Die Technische Hochschule hat sich veranlaßt gesehen, die Räume bis auf weiteres zu schließen, weil innere Störungen die Aufrechterhaltung ihres Lehrbetriebes unmöglich gemacht haben. Es sind Maßnahmen eingeleitet worden, um die Hindernisse so schnell wie möglich zu beseitigen.

Berlin, 30. Mai. Der Herr Reichskanzler empfing heute eine Abordnung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, bestehend aus den Abgeordneten Berndt, Freiherr v. Freytag-Loringhoven und v. Rentorff.

Berlin, 30. Mai. Wie wir erfahren, wird sich der Herr Reichspräsident zu Pfingsten nach Neudeck begeben. Die Nachrichten, wonach der Reichspräsident der Stadt Marienwerder anläßlich ihres 700jährigen Bestehens einen Besuch abstatten würde, entsprechen nicht den Tatsachen.

Chemnitz, 30. Mai. Zwischen Bermersdorf und Hainichen ist Dienstag mittag eine Eisenbahnbrücke in die Striegis gestürzt. Sechs Personen wurden verletzt; sie mußten in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Die Fundamente der Brücke über den Fluß waren seit einiger Zeit reparaturbedürftig. Um die Arbeiten zu ermöglichen, mußte die Brücke etwas zur Seite verschoben werden. Hierbei rutschte die Brücke von ihrer Unterlage und stürzte ins Wasser. Die auf der Brücke stehenden sechs Arbeiter wurden in die Tiefe gerissen. Drei von ihnen sind schwer, die drei anderen leichter verletzt.

Marga von Etzdorf

Freitod der Fliegerin Marga v. Etzdorf

WB. **London**, 30. Mai. Wie Reuter aus Aleppo meldet, hat die Obduktion der Leiche Marga v. Etzdorfs ergeben, daß tatsächlich Selbstmord vorliegt. Die Ursache für den Selbstmord konnte nicht ermittelt werden. Die Leiche der deutschen Fliegerin wird nach Berlin übergeführt werden.

Ueber den Tod von Marga v. Etzdorf werden folgende Einzelheiten bekannt: Nachdem die Fliegerin am Sonntag in Mauslimieh, ungefähr 16 Kilometer nördlich von Aleppo, eingetroffen war, und die beschädigte Maschine verlassen hatte, wurde sie nach der Fliegermesse geleitet, wo in jeder Beziehung für sie gesorgt wurde. Später begab sie sich auf eigenen Wunsch nach dem Ruhezimmer, das für Flieger, die eine Notlandung gemacht haben, bereitgehalten wird. Plötzlich — um 18.30 Uhr — wurden mehrere Schüsse gehört. Alles eilte nach dem Ruhezimmer, wo Marga v. Etzdorf auf dem Bett liegend tot aufgefunden wurde. Neben ihr lag die Schnellfeuerpistole, die sie auf ihren Flügen mit sich zu führen pflegte. Ihr Kopf war von zwei Kugeln durchbohrt. Die ärztliche Untersuchung läßt darauf schließen, daß die Fliegerin freiwillig in den Tod gegangen ist.

1. Vollversammlung des Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses nördl. württ. Schwarzwald

Calw, 27. Mai. Am 22. Mai, vormittags 10 Uhr, fand im „Badischen Hof" in Calw die erste Vollversammlung des Milchwirtschaftlichen Zusammenschlusses nördlicher württembergischer Schwarzwald statt. Der Vorsitzende des vorläufigen Verwaltungsrates, Gemeindepfleger Kalmbach-Egenhausen, eröffnete die Versammlung und begrüßte die 500 Vertreter der örtlichen Milcherzeugervereinigungen insbesondere Herrn Oberrevisor Grimminger als Vertreter des Herrn Staatskommissars für Landwirtschaft und als Vertreter des Landesverbands landwirtschaftlicher Genossenschaften, Herrn Gerichtsassessor Dr. Deyhle als Vertreter der Aufsichtsbehörde, Herrn Kommissar Burster-Calw als Vertreter der NSDAP., Oekonomierat Häcker-Nagold, Landwirtschaftslehrer Pfetsch-Calw sowie die vielen ihm persönlich nicht bekannten Gäste. Herr Kalmbach betonte, daß die Landwirtschaft heute geschlossen hinter unserem Volkskanzler Adolf Hitler stehe und ihm Treue gelobe. Durch die bisherigen Maßnahmen für die Landwirtschaft dürfe jeder einzelne Bauer wieder neuen Mut und neue Hoffnung haben auf eine erträglichere Zukunft. Nach Verlesen der Tagesordnung wurde festgestellt, daß die Bekanntmachung rechtzeitig am 22. April erfolgt sei. Hierauf erteilte der Vorsitzende dem Geschäftsführer Schirm das Wort zur Erstattung des Geschäftsberichts. Diesem war zu entnehmen, daß der Verwaltungsrat sieben Sitzungen und der Preisausschuß zwei Sitzungen abgehalten hat. Es wurden zwei Teile unterschieden: die Regelung der Lieferung nach Pforzheim und die Regelung der Lieferung in die eigenen Verbrauchergebiete. Nachdem in allen Gemeinden mit Ausnahme einer örtliche Milcherzeugervereinigungen gegründet waren, war es möglich, Einsparungen an den Unkosten für Sammeln und Transport vorzunehmen. Diese Einsparungen kamen restlos den Erzeugern zugute. Die Handelsspanne wurde auf 3,75 Pfg. festgesetzt bei gleichbleibendem Verkaufspreis; mit den Milchhändlern und Fuhrleuten wurden in allen Fällen Milchlieferungsverträge abgeschlossen, in drei Fällen mußte die Frischmilchlieferung in die Verbrauchergebiete eingeteilt werden. Die ganzen Maßnahmen hatten den großen Vorteil, daß trotz der vorhandenen großen Milchmengen der Milchpreis gehalten werden konnte. Im Allgemeinen darf gesagt werden, daß durch die Regelung der Absatzverhältnisse eine Besserung auf milchwirtschaftlichem Gebiet eingetreten ist. Anfänglich waren sehr starke Gerüchte über die Errichtung eines Milchwerkes in Calw im Umlauf. Bei den Nachforschungen stellte es sich heraus, daß schon Errechnungen über ein solches Milchwerk vorhanden waren. Der Verwaltungsrat stelle sich jedoch auf den Standpunkt, daß ein solches Milchwerk vollständig überflüssig sei, solange die im Gebiet des Zusammenschlusses vorhandenen Molkereien nicht vollständig ausgenützt sind. Die Errichtung dieses Milchwerks wäre der Untergang der Molkereien. Bis jetzt scheiterte das Milchwerk an der Beschaffung der hiezu erforderlichen Geldmittel, und das wird auch der springende Punkt für die Zukunft bleiben. Da im Gebiet des Zusammenschlusses sehr viel Milch vorhanden ist, mußten die Milchlieferungen von außerhalb gekündigt werden. In den Liefergemeinden für die eigenen Verbrauchergebiete war es möglich, den Milchpreis zu heben. Für die nach Pforzheim liefernden Gemeinden galt jeweils der durch den dortigen Zusammenschluß festgesetzte Durchschnittspreis. Der M.Z. hatte jedoch den großen Vorteil, daß der Milchpreis in Pforzheim nicht noch weiter gesunken ist, denn sonst hätten die Bauern für ihre Milch nichts mehr bekommen. Die stetig ansteigenden Milchlieferungen sind der beste Beweis dafür, daß die Bauern das Milchgeld äußerst notwendig brauchen, um ihren Verpflichtungen hauptsächlich in steuerlicher Hinsicht überhaupt nachkommen zu können. Die Erhöhung des Milchpreises in ganz Deutschland um nur einen Pfennig macht für die ganze Landwirtschaft eine Mehreinnahme von etwa 250 Millionen Mark im Jahr aus. Daran ist die große Bedeutung der Landwirtschaft sehr deutlich erkennbar.

Im Anschluß daran erhielt Herr Oberrevisor Grimminger das Wort. Er übermittelte die besten Grüße des Herrn Staatskommissars Arnold und daß er von ihm beauftragt sei, über den Verlauf der Verhandlungen Bericht zu erstatten. Ebenso übermittelte er Grüße des Vorstands des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften, Frhr. v. Stauffenberg; der Landesverband habe ein Interesse an den Zusammenschlüssen, daß durch bestmöglichste genossenschaftliche Verwertung der Milch durch die Erzeugung von Qualitätsware dem Erzeuger ein guter Milchpreis gesichert werde.

An der Aussprache über den Geschäftsbericht beteiligte sich Herr Direktor Zügel von der Neuen Höheren Handelsschule Calw. Er bemängelte insbesondere, daß noch in vielen Bauernhäusern Palmin, Margarine und sonstige ausländischen Fette verwendet werden und die Bauern mit ihren guten eigenen Erzeugnissen um billiges Geld den Markt überschwemmen. Herr Hanselmann-Liebelsberg nahm Stellung für den Bauern und zu der Regelung der Fettwirtschaft. Die Absatzregelung auf dem Weg über die Milchwerke sei nicht immer das Richtige. — Einen großen Teil der Aussprache nahm die Regelung der Milchlieferung nach Pforzheim in Anspruch. Man wurde sich darüber klar, daß nur noch ein gewisser Teil als Frischmilch, der Rest jedoch in Form von Rahm geliefert werden solle, um eine bessere Verwertung der Magermilch zu erhalten, da sie das billigste Kraftfuttermittel darstelle. Nun wurde zur Wahl der elf Mitglieder des Verwaltungsrates geschritten, davon müssen neun Vertreter der Erzeuger und zwei Vertreter der Betriebe sein. Gewählt wurden vom Oberamt Nagold Gemeindepfleger Kalmbach-Egenhausen, Hofbesitzer Kaiser, Talhof bei Nagold, vom Oberamt Herrenberg Fritz Haag, Landwirt in Unterjettingen, vom Oberamt Calw Karl Hanselmann, Landwirt in Liebelsberg, Landwirt und Bürgermeister Pfrommer-Rötenbach, vom Oberamt Neuenbürg E. Weiß, Landwirt in Ottenhausen, vom Oberamt Vaihingen-Enz Landesökonomierat Dr. Schlecht, vom Oberamt Maulbronn Chr. Schelling, vom Oberamt Leonberg Freiherr von Gaisberg-Obermönsheim als Vertreter der Erzeuger und Bürgermeister Mutz-Ebhausen, E. Fischer-Althengstett als Vertreter der Molkereien. Dann wurde je noch ein Stellvertreter gewählt. Die Aufstellung des Haushaltsplanes wurde genehmigt. — Sehr viel Zeit nahm die Erledigung der verschiedensten Wünsche und Anträge in Anspruch. Die meisten wurden durch neun Generalanträge erledigt. Eines kam in der weiteren Aussprache noch zum Ausdruck, mit der Verfügung des Zusammenschlusses fielen die Butterpreise immer mehr, im Zusammenhang damit fielen auch die Durchschnittspreise und brachten den Zusammenschluß teilweise in ein falsches Licht. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung auf dem Gebiete der Fettwirtschaft wird es möglich sein, den Durchschnittspreis wieder zu heben. Der Versammlungsleiter konnte dann nach 4½ Stunden die harmonisch verlaufene Versammlung schließen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Schneidemühl, 30. Mai. Das Schwurgericht hat am Dienstag den Maurer Wiesian aus Schwendte (Kreis Flatow) wegen Mordes zum Tode und wegen vollendeter und versuchter Notzucht zu acht Jahren und vier Monaten Zuchthaus sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebensdauer verurteilt. Der 21 Jahre alte Mörder hatte am 8. Februar ds. Js. ein sechzehnjähriges Mädchen vergewaltigt und durch Messerstiche auf bestialische Weise ermordet.

Budapest, 30. Mai. Wie aus Bukarest gemeldet wird, drangen in Cogensca im Bezirk Jassy gestern 80 Bauern in den Gutshof der Prinzessin Maria Cantacuzino ein, zerstörten das Herrenhaus, töteten das Vieh und mißhandelten das Gutspersonal. Die Magazine wurden von den Bauern angezündet. Der Grund für den Vorfall scheint in einem Streit über die Landvermessung zu liegen.

Indianapolis, 30. Mai. Bei dem alljährlichen 500 Meilen-Rennen, der größten automobilsportlichen Veranstaltung in den USA. verunglückten zwei Wagen. Dabei wurden die beiden Fahrer und ein Mechaniker schwer verletzt. Der Mechaniker und ein Fahrer sind inzwischen gestorben. — Bei dem Rennen wurden außerordentliche Geschwindigkeiten erzielt, was bei der Schwierigkeit der Rennstrecke zu den Unfällen führte.

Schwere Ausschreitungen rumänischer Bauern gegen Siebenbürger Ungarn

Budapest, 30. Mai. Die heutige Morgenpresse berichtet aus Klausenburg über außerordentlich schwere Ausschreitungen, die im Zusammenhang mit der antirevisionistischen Kundgebung am Sonntag in Torda vorgekommen sind. Etwa 800 rumänische Bauern steckten auf der Heimkehr in der ungarischen Ortschaft Sinfalva mehrere Häuser in Brand und mißhandelten die ungarische Einwohnerschaft. Die Menge drang in das unitarische Pfarrhaus und demolierte die Einrichtung vollständig. Sämtliche Haustiere in den Stallungen wurden mit der Begründung abgeschlachtet, daß es gleichfalls „ungarische Tiere" seien. Die Gendarmerie ließ die Demonstranten ruhig gewähren. Ein ungarischer Landwirt wurde getötet und etwa 30 Personen mehr oder minder schwer verletzt. Das gleiche Zerstörungswerk wurde in der Ortschaft Borrev in Szene gesetzt. Erst in den Abendstunden kam ein größeres Polizeiaufgebot in die beiden Ortschaften.

Turnen, Spiel und Sport

Die Fachverbände?

Dem Vernehmen nach soll der Fachverbandgedanke im deutschen Turn- und Sportleben demnächst verwirklicht werden. Es soll in Zukunft nebeneinander 16 Großverbände geben, die jeder ein bestimmtes Fach vertreten:

Deutsche Turnerschaft — Geräteturnen und Gymnastik,
Deutsche Sportbehörde — Leichtathletik und Handball,
Deutscher Fußballbund — Fußball,
Deutscher Schwimmverband — Schwimmen usw.

Jeder Fachverband soll sein Fach in allen übrigen Verbänden, wo es betrieben wird, betreuen und beaufsichtigen. Zahlenmäßig würde sich dann folgendes Bild ergeben:

Von den 1 600 000 Mitgliedern der Deutschen Turnerschaft würden 700 000 Leichtathleten von der DSB., 300 000 Schwimmer von dem DSB. und 172 000 Handballspieler wiederum von der DSB. beaufsichtigt werden. Dies ergäbe 1 172 000 Turner und Turnerinnen, sodaß nur noch 428 000 Mitglieder der DT. verblieben, die allein von der DT. selbst betreut werden. Diesen Zahlen seien die Mitgliederzahlen der obigen Verbände entgegengehalten:

490 000 Leichtathleten von der DSB.,
128 000 Schwimmer von dem DSB. und
110 000 Handballspieler von der DSB.

Dies ergibt 728 000 Mitglieder.

Ein noch größeres Mißverhältnis ergibt sich im Fechtbetrieb. Der Deutsche Fechterbund verfügt über 49 Vereine mit 1720 Mitgliedern, während der Fechter-Verband der Deutschen Turnerschaft 11 100 Turner-Fechter und -Fechterinnen in 617 Vereinen umfaßt.

Die Deutsche Turnerschaft war von jeher aus ganz bestimmten Gründen Gegner von Fachverbänden und wird auch ihren Standpunkt in dieser Beziehung bei den kommenden Verhandlungen darlegen, denn der Geräteturner braucht notwendigerweise zu seinem Fortkommen auch die volkstümlichen Uebungen und die Gründung von Fachverbänden würde selbst auch den Zielen unseres Turnvaters Jahn in ganz bedenklicher Weise entgegenstehen. Es ist daher zu hoffen, daß auch in dieser Beziehung eine alle Beteiligten befriedigende Lösung gefunden wird.

Sch.

Senden Sie Ihren Angehörigen im Ausland ständig das Heimatblatt, den „Enztäler".

Mache dein Heim zum Garten und deinen Garten zum Heim!

Für Balkon und Gräber

empfiehle ich schöne Geranien, Fuchsien, Salvien, Ageratum, Petunien, Lobelien, Beg. semp. und Sommerflor

Gottlieb Craubner Witwe, *Gartenbau,* ***Neuenbürg***
Telefon 388.

Todes-Anzeige.

Nach kurzer, schwerer Krankheit wurde unsere liebe Tochter und Schwester

Elsa Müller

unerwartet rasch im Alter von 25 Jahren von uns gerufen.

Familie **Eugen Müller.**

Birkenfeld, den 30. Mai 1933.

Beerdigung: Donnerstag den 1. Juni, nachmittags 4 Uhr.

Gräfenhausen, den 30. Mai 1933.

Todes-Anzeige.

Gott der Herr hat unsere liebe, treubesorgte Mutter, Großmutter u. Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau

Christine Wolfinger, Witwe,
geb. König,

im 73. Lebensjahr zu sich gerufen.

In tiefem Leid:

Familie **Paul Wolfinger.**
" **Wilhelm Wolfinger.**
" **Wilhelm Merkle.**
Frau **Anna Wolfinger**, Witwe, geb. Schroth, mit Kind.

Beerdigung: Donnerstag den 1. Juni 1933, nachmittags 3 Uhr.

Herrenalb-Kullenmühle, 30. Mai 1933.

Danksagung.

Für die vielen Beweise innigster Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen

Anna Laistner

erfahren durften, sagen wir herzlichen Dank. Insbesondere danken wir für den erhebenden Gesang des hiesigen Sängerchors sowie auch allen denen, die sie während ihrer Krankheit besucht und erquickt haben.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Johann Laistner.

Atelier für Fußpflege

Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut und eingewachsenen Nägeln. — Behandlung in und außer dem Hause.
Marta Benjamin, Pforzheim, Westl. 12, Tel. 1609.

Gesundheit in angenehmer Form trinken Sie mit
Ueberkinger mit Zitrone
Apollo-Silber
Teinacher Hirschperle
eine Limonade, die feinen Geschmack mit der Heilkraft des berühmten Mineralbrunnens verbindet. Fragen Sie danach .... überall .... Ihrer Gesundheit zuliebe.

An allen Plätzen Niederlagen / Prospekte und Vertriebsnachweis durch die Mineralbrunnen A.-G., Bad Ueberkingen

Heinrich Müller, Mineralwasserhandlung, Neuenbürg, Tel. SA. 406.
Carl Schumacher, Bierdepot u. Mineralwasser-Vertretung, Neuenbürg, Tel. 303.
Karl Frank, Kolonialwaren und Limonade, Birkenfeld.
Fritz Wurster, Mineralwasserhandlung, Calmbach, Tel. 483 Amt Wildbad.
Ernst Höll, Mineralwasserhandlung, Pfinzweiler.
Karl Tubach sen., Mineralwasserhandlung, Wildbad, Tel. 62.
Friedrich Wieland, Mineralwasserhandlung, Arnbach.
Wilh. Tränkler, Apotheke, Herrenalb, Tel. 85.

Oeffentlicher
Lichtbilder-Vortrag

am **Mittwoch den 31. Mai, abds. 8 Uhr,** im Gasthof z. „**Bären**" in **Neuenbürg.**

Redner: Heinrich Dolle.

Thema: Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, allgemeine u. spezielle Wirtschaftsfragen, Siedlungsmöglichkeit ohne Geld etc.

Eintritt frei! Eintritt frei!

Alle Einwohner, insbesondere Arbeitslose, sind herzlich eingeladen.

Zwangs-Versteigerung.

Es werden öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung versteigert am **Donnerstag den 1. Juni 1933,** nachm. 3 Uhr, in **Birkenfeld:**

1 Lieferwagen, 1 Radioapparat mit Lautsprecher, 1 Kredenz, 1 Rauchtischchen, 3 Polstersessel.

Zusammenkunft am Rathaus.

Gerichtsvollzieherstelle Neuenbürg.

Zur Unterstützung unserer Verkaufsstelle in **Langenbrand** tüchtige

Mitarbeiter

für gern gekaufte Spezialartikel bei nachweisbar hohem Verdienst gesucht. Offerten an die Enztäler-Geschäftsstelle unter Nr. 340.

L. K. Donnerstag, 1. Juni abends präzis 8 Uhr **wichtige Besprechung** im **Zeichensaal** d. Schulhauses. ½9 Uhr **Singstunde.** Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

der Vorstand.

Neuenbürg.
Schöne
Wohnung,
5 bis 6 Zimmer, bis 1. Juli oder später zu vermieten.
Franz Andräs Wtw.

Suche in **Schömberg** für vier Wochen ruhiges, sonniges, gutmöbliertes
Zimmer,
evtl. mit voller Pension. Angebote erbitte unter P. P. 10 an die Enztäler-Geschäftsstelle.

Neuenbürg.
Täglich frisches Gemüse
großen Kopfsalat, St. 10 Pfg. **Kohlräble, Spinat, gelbe Rüben, Gurken u. Rettiche.**
Gottl. Craubner Wwe.

Birkenfeld.
Verschiedene
Grundstücke
(Wiesen und Acker) hat zu verkaufen.
Christian Käßle,
Herrenalberstraße 14.

K. Pfrommer Wtw., Neuenbürg
Boden-Wachs — Beize
von **45 ₰** an per Pfd.

Handarbeit ist das beste Berufsschuhwerk.
Rindleder-Stiefel, alle Größen, mit Staublaschen, Beschläg, handholzgenagelt, handeingb., von **8.50 RM.** an. Nur Qualitätsware! Machen Sie einen Versuch und fordern Sie mich zu einem Besuch auf. Postkarte genügt.
E. Knöller,
Maß- u. Reparaturwerkstätte,
Neusatz, OA. Neuenbürg.

Edeka

Bekanntmachung!

Ab 1. Juni 1933 werden in den „Edeka"-Geschäften keine Rabattmarken mehr gegeben.

Dafür werden die Preise entsprechend gesenkt, ausgenommen seitherige Netto- und Markenartikel.

Die „Edeka"-Rabattmarken werden sofort in allen „Edeka"-Geschäften eingelöst bis zum Schlußtermin

1. August 1933.

„Edeka"-Großhandel Pforzheim e.G.m.b.H.

Weit über 150 000
Bruchleidende
tragen das seit mehr als 20 Jahren erprobte
Spranzband ges. gesch.
kein Gummiband, ohne Feder, ohne Schenkelriemen, trotzdem unbedingt zuverlässig. Glänzende Zeugnisse, auch Heilerfolge.
Sehen Sie sich bitte mein neuestes, wesentlich verbessertes Modell D.R.P. 542187 an. Mein Vertreter ist mit Mustern **kostenlos** zu sprechen am
am Freitag den 2. Juni
in **Neuenbürg** im Gasthof „**Bären**" von ½10—½12 Uhr.
Der Erfinder und alleinige Hersteller:
Hermann Spranz, Unterkochen (Württbg.)
Dankschreiben! Seit voriges Jahr trage ich Ihr Spranzband und kann Ihnen nun mitteilen, daß die gehabten Beschwerden völlig behoben sind. Ich bin wieder ein glücklicher Mensch. Allen meinen Leidensgenossen kann ich es empfehlen.
J. Hirschburger, Weingärtner, **Reutlingen.**

Birkenfeld.
Kompl. Sport,
blau mit weiß, für 11 Mann zu verkaufen. Ferner ein
Grammophon
mit 30 Platten und ein Glasschränkchen 35/40 u. 70 cm hoch.
Alfons Schneider,
Hermann Göringstraße 8.

Enztal.
Verkaufe eine
Kalbin samt Kalb
Schwarzscheck.
Schmiedmstr. **Gengenbach.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw